

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Traktantenzeit
Tageblatt Riesa.
Herausg. Nr. 20.
Postfach Nr. 22.

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptpostamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:
Dresden 1380.
Verleger:
Riesa Nr. 52.

Nr. 250.

Sonnabend, 25. Oktober 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr mittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 4 mm hohe Druckzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; gelbdruckte und tabellarische Satz 50%. Aufschlag, feste Tarife, Bewilligung Rabatt erwünscht, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß aber der Auftraggeber in Kontour gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Verlegervereinigungen — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gostelstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hölemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Zur Problematik unserer Städte.

Am nächsten Montag tritt in Berlin der achtgliedrige Untersuchungsausschuß der Länder zusammen, um über die neuen Anleihebedingungen des Reichsfinanzministeriums zu beraten und zu entscheiden. Die Mitglieder des Deutschen Städtetages sind davon keineswegs erbaute. Sie fühlen sich zurückgesetzt, weil ihrer Organisation nicht die Ehre zuteil wurde, zu den Beratungen hinzugezogen zu werden, die vor der Abfassung der Richtlinien stattfanden und weil auch jetzt zu den Beratungen der Reichsregierung mit den Ländervertretern nicht Sachverständige des Deutschen Städtetags hinzugezogen werden. Man streift sich also wieder einmal um Formalismen und Kompetenzen. Dafür haben wir in der gegenwärtigen Rat unserer Vaterlandes umso weniger Verständnis, als nicht nur die Vertreter der Länder wissen, was die Städte brauchen und worin sie zweckmäßigweise kontrolliert werden, sondern auch in gleicher Weise das Reichsfinanzministerium weiß, was ist und was sein soll. Steht doch an seiner Spitze in der Person des Reichsfinanzministers Dietrich ein Mann, der in seiner Vergangenheit Oberbürgermeister von Rehl und von Konitz war, also aus eigener Erfahrung sehr wohl weiß, was die Städte benötigen.

Der Deutsche Städtetag hat abweichende Auffassungen über die Voraussetzungen der Produktivität für etwa aufzubringende Anleihen, über die Zweckmäßigkeit der Festlegung von Höchstzinsen, über die Vorschriften für bestimmte Anleihebetriebe, über die Kontingentierung der Anleihen, ihre Laufzeit und die von den Städten zu übernehmenden Pflichten. Ueber Einzelheiten wird sich in den am Montag beginnenden Ausschüßverhandlungen reden lassen. Grundsätzlich ist schon jetzt darüber Einigkeit erzielt, daß die Städte für die Beibehaltung der Reichsfinanzstelle, so weit Auslandsanleihen in Frage kommen, eintreten. Dagegen wünschen sie für die Beibehaltung von Inlandsanleihen die Bildung eines zentralen Kreditausschusses beim Deutschen Städtetag. Diesen Ausschuß denken sie sich so zusammengesetzt, daß er aus etwa 8 Mitgliedern besteht, von denen 4 Vertreter der Städte sind und die übrigen 4 sich rekrutieren aus einem Vertreter des Reichsfinanzministeriums, einem der Reichsbank, einem weiteren der Länder und einem letzten der deutschen Giro-Zentrale. Die Gutachten dieses zentralen Kreditausschusses sollten dann den Landesausführungsbehörden vorgelegt werden, die dann endgültig über die Annahme oder Ablehnung der einzelnen städtischen Anleihen zu befinden hätten.

Die Richtlinien des Reichsfinanzministeriums sind in ihren Fundamenten gesund und zweckmäßig. Was wollen sie? Sie haben den Zweck, der höchsten verantwortlichen Reichsinstanz, auch der Deutschen Reichsbank, völlige Klarheit über den inneren Anleihemarkt zu schaffen, die Ueberschwemmung durch fremde Anleihen zu verhüten, die Produktivität zu fördern und die Finanzgebarung der Städte zu kontrollieren. Diese Kontrolle soll das Selbstverantwortungsgehalt der Stadtverwaltungen nicht etwa, wie fälschlicherweise behauptet wird, ignorieren oder einschränken, sondern wehen und schärfen. Niemand behauptet, daß die Bekämpfung der Selbstverantwortlichkeit überall notwendig ist, doch kann unmöglich angenommen werden, daß die unzähligen Klagen gegen zahlreiche Stadtverwaltungen, die gerade aus den Kreisen der Wirtschaft kommen und die Verwendung der finanziellen Mittel der Städte unmittelbar berühren, völlig aus der Luft gegriffen sind. Wenn bei der gegenwärtigen ungeheuer niederdrückenden wirtschaftlichen Krise die deutsche Reichsfinanzverwaltung sich an allen Ecken und Kanten einschränken muß, wenn alle deutschen Länder diesem Beispiel mit einer geradezu fatalistischen Notwendigkeit folgen müssen, dann kann die Finanzgebarung der deutschen Städte davon nicht unberührt bleiben.

Es ist völlig im Interesse der Allgemeinheit gelegen, daß die Verwaltungen der Länder und des Reichs bei der Anleihegewährung streng darauf achten, daß alle Voraussetzungen der Produktivität für die jeweiligen gewünschten Anleihen gegeben sind. Gibt sich hinsichtlich der Produktivität heute eine Stadtverwaltung irgend einer Landschaft hin, dann sind die Steuerzahler der gleichen Stadt morgen und übermorgen die Leidtragenden. Auch in der Finanzgebarung der Städte muß Politik auf weite Sicht getroffen werden. Werden hier Fehler gemacht, so rächt sich das bitter, was in diesen Tagen die Berliner Steuerzahler zu ihrem Entsetzen erleben.

Seit 20 Jahren geht die Berliner Stadtverwaltung davon aus, daß Groß-Berlin um die Jahrhundertmitte etwa 12 Millionen Einwohner haben wird. Der Traum der Zwölfmillionenstadt verursachte in den letzten Jahren die Ausläufe von gewaltigen Vandalereien durch die Stadtverwaltung, den beschleunigten Ausbau des Verkehrsnetzes in großartiger Weise, die Anlage von Kanalisationen, Elektrizitätswerken, Wasserwerken und anderen Einrichtungen, wie sie eben für eine moderne Millionenstadt in den geschichtlichen Ausmaßen notwendig sind. Die ungeheure finanzielle Not Groß-Berlins wachte jetzt die Stadtverwaltung aus ihrem Traume. Wenn auch in dem Menschenalter vor 1910 sich die Bevölkerung Berlins verdreifachte, so ist doch während des Krieges und in der Nachkriegszeit ein gründlicher Wandel in der Bevölkerungsbewegung erfolgt. Der Tiefstand der Berliner Geburtenzahl führte dazu, daß wir seit Jahren keinen Geburtenüberschuß mehr besitzen, sondern einen Sterbeüberschuß von etwa 10000 Menschen. Außerdem verlieren die Quellen des Aufstroms infolge der Bevölkerungsbewegung auf dem Lande von Jahr zu Jahr und zwar so, daß

Die Trauerfeier für die Opfer der Alsdorfer Katastrophe.

Alsdorf. (Zunftspruch.) Im Verwaltungsgebäude der Grube Anna I fand heute unter ungeheurer Anteilnahme die Trauerfeier für die Opfer der Grubenkatastrophe statt. Für den Reichspräsidenten, den Reichskanzler und die Reichsregierung nahm Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald, für die preussische Regierung Handelsminister Dr. Schreiber an der Feier teil. Auch verschiedene ausländische Regierungen hatten ihre Vertreter entsandt. Nach einer kurzen Ansprache des Vertreters des Schwweizer Bergwerksvereins, in der er erbot, daß den Hinterbliebenen von Seiten des Werkes nach Möglichkeit geholfen werden solle, ergriff

Reichsarbeitsminister Stegerwald

das Wort zu einem kurzen Nachruf, in dem er u. a. erklärte: Der Herr Reichspräsident und die Reichsregierung wollen durch den Reichsarbeitsminister die toten Toten auf ihrem letzten Wege begleiten. Wieder einmal ist der deutsche Bergbau durch einen Ausbruch jener unerbittlichen Naturgewalten, deren der Mensch trotz aller Bemühungen noch immer nicht Herr werden kann, heimgeschlagen worden. Die Grubenkatastrophe, deren unglückliche Opfer wir in dieser Trauerfeier ehren, hat in gleicher Weise den Bergmann unter, wie Bürobeamte, Angestellte und Arbeiter über Tage dahingerafft. Trotz der Opferbereitschaft und Todesbereitschaft der getreten Helfer konnten leider so viele, die man noch immer lebend zu retten hoffte, nicht mehr gerettet werden. Eine unendliche Trauer liegt über ganz Deutschland und mit unserem Volke trauern fast alle Völker der Welt um die Helden der Arbeit, vor deren Särzen wir auch heute erschüttert stehen. Die Regierungen von Frankreich und Jugoslawien haben besondere Vertreter zur heutigen Trauerfeier entsandt. Kamens der Reichsregierung danke ich für die zum Ausdruck gebrachte Teilnahme an unserem deutschen Unglück.

Unser aufrichtiges Mitgefühl gilt vor allem den Hinterbliebenen der Verunglückten. Was irgend getan werden kann, sie vor Not zu bewahren, soll und wird geschehen. Die Hilfe wird nicht nur auf die vorgeschriebenen Unterstützungen beschränkt, sondern darüber hinaus werden besondere Hilfsmaßnahmen eingeleitet.

Ihr habt in treuer Pflichterfüllung, im Dienste Eures Volkes, Euer Leben gelassen. Mit dem Kranz, den ich im Auftrage des Herrn Reichspräsidenten und der Reichsregierung überbringe, ehre das ganze deutsche Volk in dankbarem Gedenken Euer Wirken, Euer Sterben!

Nach dem Reichsarbeitsminister sprach für die preussische Regierung

Handelsminister Schreiber.

Er führte etwa folgendes aus:

An dem schweren Unglück, das Sie alle betroffen hat, nimmt die preussische Staatsregierung wärmsten Anteil. Tieferschüttert stehen wir an dem Grabe all der braven Bergleute, die mitten in der friedlichen Arbeit vonurchbarer Katastrophe überrascht und jäh ihren Lieben entziffen wurden. Was die Angehörigen in diesen Stunden verloren, vermag niemand zu fassen. Möge es den Witwen und Waisen ein Trost sein, daß mit ihnen das ganze deutsche Volk und über Deutschlands Grenzen hinaus auch die Bergleute des Auslandes aufrichtig Anteil nehmen an der Trauer, die sie betroffen hat.

Den Angehörigen der Beschiedenen wollen wir wenigstens die äußeren Vailen erleichtern und ihnen dadurch über die schwere Zeit hinweghelfen. Doch ist die Ursache dieser Katastrophe ein Rätsel. Möge es der sorgfältigen Untersuchung gelingen, sie zu klären und neue Mittel und Wege zu finden zur Abwendung der Gefahren, die immer noch den Bergbau umlauern. Eine Verwaltung wird in Gemeinschaft mit allen Beteiligten alle ihre Kräfte für dieses hohe Ziel einsetzen und es wird alles geschehen, was irgend in Menschenhand liegt, um die Wiederkehr ähnlicher Katastrophen zu verhindern.

Allen Bergleuten, die verwundet darniederliegen, wünsche ich von ganzem Herzen baldige und völlige Genesung. Allen denen, die sofort nach dem Unglück ohne Jögern sperkmutig ihr Leben und ihre ganze Kraft für die Bergung der Verunglückten eingesetzt haben, gilt meine besondere Anerkennung und mein wärmster Dank. Den Toten aber wenden wir als Abschiedsgruß zur letzten Grubenfahrt den alten Bergmannsgruß: „Glick auf!“

Der Vertreter des Belegschaftsrates sandte den in ihrer Arbeit dahingeshiedenen Kameraden das letzte „Glick auf!“. Ergreifende Abschiedsworte sprachen hierauf der katholische, evangelische und jüdische Geistliche.

Der Vertreter des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter sprach zugleich im Namen des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften und des Gesamtverbandes der christlichen Angestellten. Er wies darauf hin, daß nur durch eine internationale Kohlenverbindung der Kampf gegen solche Katastrophen, gegen das überhandnehmende Tempo

der technischen Einführungen und das überhastete Arbeitstempo geführt werden könnte.

Im gleichen Rahmen bewegten sich die Ausführungen des Vertreters der Bergarbeiter-Internationale. Er betonte, daß, wie aus den zahllosen Beileidskundgebungen und der Hilfe aus den Ländern hervorgehe, die Bergarbeiter der ganzen Welt eine große Familie bilden.

Schließlich sprach noch ein holländischer Bergarbeiter das Beileid des niederländischen Roten Kreuzes und des niederländischen Volkes aus.

Dann wurden unter Orgelspiel die 262 Särge aus dem Verwaltungsgebäude heraufgebracht. Kopf an Kopf stand die Menge in dichten Reihen auf dem Wege nach dem Friedhof, um den Toten die letzte Ehre zu erweisen.

Alsdorf. (Zunftspruch.) Ein trüber nebelhafter Morgen ist über Alsdorf aufgegangen. Nebelhaft bringt die Sonne durch die Wolken. Die Achener Straße gleicht einer großen Meeresstraße. Lange Reihen von Automobilen und Kolonnen von Fußgängern sind alle auf dem Wege nach Alsdorf zur Unglücksstätte. Automobile mit uniformierten Bergleuten lauten vorbei. Die Volkshauptmannschaften führen den Massenandrang kaum bewältigen.

Vor dem Gebäude des Schwweizer Bergwerksvereins stehen Tausende von Menschen in kummer Trauer. Das Verwaltungsgebäude selbst ist ein großer Trümmerhaufen. Die Wände sind mit schwarzen Tüchern verhängt; zahllose Kränze hängen an den Seiten. In den Gängen stehen Bergknappen mit brennenden Lampen, Sanitäter und Mitglieder des Schwweizer Bergwerksvereins.

Während der kirchlichen Feier war den Angehörigen, die naturgemäß in der kleinen Kirche nicht alle Platz finden konnten, noch einmal der Zutritt zur Leichenhalle gestattet. Die Halle ist ganz mit schwarzen Tüchern ausgehängt. Auf schwarzverhängten Gestellen stehen die schlächtigen Särge, mit den Namen der Toten und mit einem Kranz geschmückt. Tannenzweige und Palmen säumen die Durchgänge. An der großen Querseite ist ein Altar aufgebaut. Hier stehen die Kränze des Reichspräsidenten und der Reichsregierung, der Regierung von Sachsen, des Landeshauptmanns der Rheinprovinz und der Nachbarstaaten, sowie auch holländischer, belgischer und französischer Gruben. Brennende Kerzen leuchten den Toten zur letzten Fahrt. Ein Feld des Jammers und des Schmerzes ist der Abschied der Frauen, Mütter, Väter, Brüder und Schwestern von den toten Toten. Letzte, tränenerfüllte Worte erklingen in dem Totenhause. Die Pressevertreter werden noch einmal durch die langen Reihen der Särge geführt, dann schließt sich die

kurze schlichte Trauerfeier

an. Außer zahlreichen Mitgliedern des Schwweizer Bergwerksvereins steht man hervorragende Vertreter der Behörden, unter andern den Reichsarbeitsminister, den preussischen Handelsminister Dr. Schreiber, den Präsidenten der Rheinprovinz Dr. Sud, Landeshauptmann Dr. Dorton, die Oberbürgermeister Dr. Kombsch-Rachen und Dr. Kuhnauer-Röhl, den Reichstagsvizepräsidenten Ester und die Geistlichkeit der drei Konfessionen.

Die Trauer in Berlin.

Berlin. (Zunftspruch.) Am heutigen Tag, an dem in Alsdorf die Trauerfeier für die Opfer der Katastrophe im Wilhelmshafen stattfand, gedenkt auch die Reichshauptstadt der Toten von Alsdorf. Um 10 Uhr wurden zu ihren Ehren alle Glocken geläutet; alle öffentlichen Gebäude und viele Privathäuser haben die Reichs- und Landesfarben halbmast geflaggt.

262 Todesopfer von Alsdorf.

* Alsdorf. Im Laufe des Freitag wurde noch ein Bergmann im unterirdischen Betrieb tot aufgefunden. Ebenfalls wurde unter den Schuttmassen des eingestürzten Fördergerüsts noch ein weiterer Bergmann geborgen. Im Kronendaus sind zwei weitere Bergknappen ihren schweren Verletzungen erlegen. Somit weist die Totenliste von Alsdorf nunmehr 262 Opfer auf.

Unter den Trümmern des eingestürzten Verwaltungsgebäudes wurde Freitag mittag nicht die Wartenkontrolle, sondern die Kartothek gefunden. Damit können nun noch nicht genaue Angaben über die Zahl der Eingefahrenen gemacht werden, sondern es kann lediglich, wenn die Kartothek freigelegt ist, der Familienstand, Geburtsort usw. der Bergleute eingesehen werden. In dem Verwaltungsgebäude befanden sich zur Zeit des Unglücks auch drei Bergleute aus der Nachschicht, die vor der Lohnabteilung auf ihren Reklon warteten.

voranschließlich im Jahre 1940 der Humanderergerinn sich mit dem Sterbeüberschuß ausgleicht, so daß Berlin aufgehört, weiter zu wachsen. Der Traum der Zwölfmillionenstadt ist ausgeträumt. Berlin erwacht. Die falsche Kalkulation der Berliner Stadtverwaltung im letzten Menschenalter ist jedoch nur ein Beispiel von den vielen, die

heute der Reichsregierung und den Länderregierungen zu denken geben. Gerade deshalb ist aber auch in der Anleihepolitik der Städte besondere Voricht geboten. Kein einseitiger Städtepolitiker wird deshalb gegen begründete Ratseilen etwas einzuwenden haben, die im Interesse des lebenden und kommenden Geschlechts geboten sind.